

Hinterlandanbindung: Land mit Flut der Proteste überfordert

Ostholsteiner schicken im Raumordnungsverfahren 9000 Stellungnahmen an das Land. Behörde kann Einwände nicht fristgerecht bearbeiten. Beltgegner fordern neues Verfahren.

Von Holger Marohn

Oldenburg/Kiel – Das Land wird es offenbar nicht schaffen, das Raumordnungsverfahren zur Schienenanbindung des Belttunnels fristgerecht abzuschließen. Der Grund: die große Welle des Protestes von Bürgern, Verbänden und Gemeinden gegen die Bahnpläne. Etwa 9000 sogenannte Einwendungen haben diese im Rahmen des Verfahrens an das Land geschickt. Zu viele für die Staatskanzlei, denn dort sieht man sich nicht in der Lage, sie rechtzeitig auszuwerten. Nach dem Raumordnungsgesetz ist das Verfahren innerhalb von sechs Monaten abzuschließen. Die gesetzliche Frist läuft also am 9. Juli ab. Kritiker fordern nun, dass die Bahn ihre Planungsunterlagen noch einmal überarbeitet und das ganze Verfahren neu aufgerollt wird. Das Land setzt hingegen auf eine Fristverlängerung.

Durch die Anforderung, „eine umfängliche Beteiligung zu ermöglichen, zu dokumentieren und aus-

zuwerten“, lasse sich eine Überschreitung rechtfertigen, heißt es auf LN-Anfrage aus der Staatskanzlei. Neben drei Mitarbeitern des Landes seien derzeit vier extra angestellte Hilfskräfte damit beschäftigt, die Stellungnahmen zu sortieren und auszuwerten.

Beltquerungsgegner Hendrik Kerlen von Fehmarn zeigt sich von der zu erwarteten Verzögerung wenig überrascht. Angesichts der



Der Scharbeutzer Bürgermeister Volker Owerien präsentiert die Planunterlagen der Bahn. Foto: sas

„zahlreichen inhaltlichen Fehler“ in den Bahnunterlagen fordert Kerlen die Landesplanung auf, die Unterlagen für „nicht prüfbar“ zu erklären. Ähnlich sieht das der SPD-Landtagsabgeordnete Lars Winter. Er erwartet, dass das gesamte Verfahren neu aufgerollt wird. Dann hätte die Bahn die Möglichkeit, „bessere Daten“ einzureichen. CDU-Landtagsabgeordneter Hartmut Hamerich kritisiert, dass

die Regierungskoalition trotz erheblicher Proteste der Opposition 60 Millionen Euro für Auswirkungen der Trassenplanungen aus dem Haushalt gestrichen habe. Das räche sich nun. So hätte ein Teil des Geldes auch für unterstützendes Personal verwendet werden können.

Bei der Bahn gibt man sich zumindest offiziell entspannt. „Wir warten auf das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens und arbeiten entsprechend mit der Landesplanungsbehörde zusammen“, teilte Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis mit. Fragen an die Bahn, die sich aus den Stellungnahmen ergeben, würden entsprechend abgearbeitet und beantwortet.

Die Bahntrasse zwischen Lübeck und Puttgarden muss für den Fehmarnbelt-Tunnel zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden. Das sieht ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark vor. Das Raumordnungsverfahren dient dazu, die geeignetste Trassenführung zu finden. **Lokales**

Raumordnungsverfahren

16 Aktenordner umfassen die Planungsunterlagen der Bahn zur Trassenfindung für die Schienenanbindung des Belttunnels.

Betroffene hatten sechs Wochen lang Zeit, eine Stellungnahme zu den Unterlagen abzugeben. Bei den Einwendungen geht es vor allem darum, auf fehlende Unterlagen sowie Fehler in den vorhandenen Unterlagen hinzuweisen und falsche Bewertungen zu beanstanden.

Beltquerung: Noch viel Arbeit für den Kreis

Trotz Abschluss der Beteiligung im Raumordnungsverfahren hat der Kreis keine Zeit zum Luftholen – anders als die ehrenamtlichen Aktivisten.

Von Holger Marohn

Oldenburg – In der Landesplanungsbehörde bei der Kieler Staatskanzlei herrscht durch die Bearbeitung des Raumordnungsverfahrens Hochbetrieb. Der Kreis und die betroffenen Gemeinden haben ihre Arbeit in Sachen Schienenanbindung zum Belttunnel erst einmal getan. Zeit sich zurückzulehnen haben die Mitarbeiter des Fachbereichs Bauen beim Kreis jedoch nicht.

„Mit dem Raumordnungsverfahren ist für uns die Arbeit längst nicht getan“, sagt Landrat Reinhard Sager (CDU). Die nächste Baustelle sei mit der Erneuerung der Sundquerung bereits aufgemacht. Der Kreis habe hier die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass eine Lösung für die nicht ausreichende Sundbrücke zeitnah gefunden wird. „Es darf keine feste Beltquerung geben, die 2022 startet und für die es dann einen Flaschenhals am Sund gibt“, sagt Sager. Und nicht zuletzt gehe es darum, auch beim „Wie“ der neuen Sundquerung mitzuwirken.

Auch werfe der Bau des Belttunnels seine Schatten bereits voraus und fordere den Kreis. Es gehe dabei darum, für das Ausstellungszentrum zu kämpfen und Einfluss auf die Zuschneidung der Teilaufträge zu nehmen, um Aufträge und Arbeitsplätze auf Fehmarn zu sichern. Insgesamt habe das gesamte Projekt bislang gezeigt, dass es organisato-

risch sinnvoll ist, frühzeitig Fachleuten der Verwaltung die Verantwortung für einzelne Projekte zu übertragen.

Bei der Bahn laufen die Arbeiten an den Trassenplanungen hingegen unvermindert weiter. „Unsere Aufgabe in den kommenden Monaten ist es, die auflaufenden Anfragen der Planungsbehörde abzarbeiten“, sagt Bahn-Sprecher Egbert Meyer-Lovis. Das werde voraussichtlich „noch ein Haufen Arbeit“ sein.

Zumindest teilweise durchatmen können hingegen zum Beispiel die ehren-

amtlichen Aktivisten des Arbeitskreises Bahntrasse Oldenburg (AKBO). „Gerade während der heißen Phase der sechswöchigen Beteiligung ist der normale Job bei vielen sehr kurz gekommen“, räumt Wolfgang Schröter vom AKBO ein. Allerdings beobachte man weiterhin Äußerungen der Bundes- und Landesregierung zur Schienenanbindung sehr genau. Bei allen Diskussionen drohten die Interessen des Nordens derzeit etwas hinten runterzufallen, so Schröter.



Bis die Züge auf einer für den Belttunnel ausgebauten Bahntrasse rollen können, gibt es für den Kreis noch viel Arbeit – auch wenn diese im Bezug auf das Raumordnungsverfahren derzeit getan ist.

Foto: Holger Marohn